

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen

Ich beginne dieses SPAM-Info bewusst einmal nicht mit einem Satz über das Wetter der letzten Monate, da hat wohl jeder seine eigene Meinung dazu.

Ich möchte alle einladen zu unserer Jahres-Ortsparteiversammlung im Cafe Obergass am Donnerstag 4. Juli um 19:30. Die Traktandenliste und offizielle Einladung ist auf Seite 4 dieses SPAM-Infos zu finden. Von 19:30 Uhr bis 20 Uhr findet wie bereits letztes Jahr die offizielle Jahresversammlung statt.

Anschliessend um 20 Uhr werden bei einem gemütlichen Apéro Dani Altenbach und Verena Tobler Linder zum Thema Immigration und Integration sprechen, und es können natürlich Fragen an beide gestellt werden. Man kann auch erst auf 20 Uhr kommen, wenn man an der Jahresversammlung kein Interesse hat, aber die sicher spannenden Diskussionen zum Thema Migration nicht missen möchte.

Wir suchen immer noch neue Vorstandsmitglieder!!! Wer sich vorstellen kann, mit Silvana, Marianne, Walter und mir im Vorstand zu arbeiten kann sich direkt am 4. Juli melden oder vorgängig mit mir Kontakt aufnehmen (mani99@gmx.ch). Marianne, Silvana, Walter und ich haben sich bereit erklärt, nochmals ein Vorstandsjahr anzuhängen aber ewig wollen wir dieses Amt nicht mehr tragen und im Sinne der Erneuerung ist es höchste Zeit, dass neue Gesichter nachfolgen müssen. Also meldet Euch doch bitte zum Wohle unserer Ortspartei.

Zu den Abstimmungen vom 9. Juni haben wir folgende Beiträge:

Hooligan Konkordat: Silvana Naef

Pro und contra BR-Wahl Walter Steiger

Weiter enthält dieses SPAM-Info ein Kommentar zu den Sparmassnahmen der Stadt Winterthur von Marianne Frehner.

Mit lieben Grüßen und der Hoffnung auf einen schönen Sommer

Abstimmungsparolen vom 9. Juni 2013

Bund:

NEIN zur Volkswahl des Bundesrates

NEIN zur Asylgesetzrevision

Kanton:

JA zur Bonzensteuer-Initiative

JA zum Hooligan-Konkordat

Stadt:

JA zur Verselbstständigung der Pensionskasse

JA zur Sanierung der Pensionskasse

JA zur neuen Taxiverordnung



Martina Niedermann
SP Altstadt/Mattenbach

ja



Kantonale Abstimmung zum Hooligan Konkordat

von Silvana Naef, Vorstandsmitglied SP Altstadt/Mattenbach und Gemeinderätin

Die Delegierten der kantonalen SP fassten mit 56 zu 26 Stimmen die JA-Parole betreffend Beitritt zum Hooligan-Konkordat. Dies zeigt, dass diese Abstimmung in unserer Partei umstritten ist und circa ein Drittel der Delegierten die Vorlage ablehnte.

Das neue Konkordat ermöglicht es, einen Fan bis zu drei Jahren von bestimmten Veranstaltungen und Gebieten auszuschliessen, während bisher ein solches Rayonverbot maximal für ein Jahr galt. Zudem wird neu eine Bewilligungspflicht für sämtliche Spiele der obersten Fussball- und Eishockey-Liga eingeführt. Im Rahmen der Bewilligungserteilung können behördliche Auflagen gemacht werden. Mit solchen behördlichen Auflagensoll unter anderem ein Alkoholverbot in Stadien bei Hochrisikospielen, wie etwas den Derbys zwischen dem FCZ und GC, eingeführt werden.

Gemäss den Befürwortern sollen mit den verschärften Bestimmungen unverbesserliche Gewalttäter für ihre Taten bestraft und dauerhaft von Sportveranstaltungen ferngehalten sowie friedliche Matchbesucher besser geschützt werden. Die Umsetzung werde

«pragmatisch und massvoll, aber konsequent erfolgen», betont der zuständige Sicherheitsdirektor, Mario Fehr. Zudem sei die neue Bewilligungspflicht nötig, um bei Risikospielen behördliche Auflagen machen, was für die Sicherheit nötig sei. Die Verschärfung des Rayonverbots treffe die Richtigen, sei angemessen und notwendig.

Gegen die Vorlage setzen sich einerseits die Fans aller Zürcher Fussball- und Eishockeyspitzenclubs inklusive des FCW und andererseits die JUSO, die Grünen, die jungen Grünen, die AL, die Piratenpartei, die demokratischen Juristinnen und Juristen sowie die Jungfreisinnigen ein. Die Argumente der Gegnerschaft sind unter anderem, dass die Bewilligungspflicht und insbesondere die Möglichkeit der Behörden die Bewilligungserteilung von Auflagen abhängig zu machen, Tür und Tor für alle möglichen Massnahmen der Behörden öffne, unter denen alle Matchbesuchenden leiden, was zu einer Kollektivbestrafung von Sportfans führe. Das an sich vorbeugende Rayonverbot komme in der Praxis einer Bestrafung gleich, die ins Strafrecht gehöre und somit, anders als vorgesehen, auch von einem Gericht angeordnet werden

müsste. Statt Probleme gezielt an ihrer Wurzel zu packen, ziele man pauschal auf sämtliche Stadionsbesuchende. Der irreführende Name des Konkordats suggeriere, dass Hooligans belangt werden – in Wahrheit würden aber alle Stadionsbesuchenden schikaniert. Mehr Argumente der Gegnerschaft finden sich auf der Homepage www.kollektivbestrafung-nein.ch

Es passt zum momentanen Zeitgeist, auf jedes Problem mit einer Gesetzesverschärfung zu reagieren. Meiner Meinung nach sind die im Konkordat vorgesehenen Massnahmen nicht tauglich, um die Gewaltprobleme im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen zu lösen, welche meist ausserhalb des Stadions stattfinden. Demgegenüber wird die grosse Mehrheit der nicht gewalttätigen Fans durch die vorgesehenen Massnahmen unnötigerweise getroffen. Daher habe ich mich entschieden, Nein zu stimmen.

S/N

Dem Volk vertrauen - oder wie die SVP mit ihrem Frust umgeht

von Walter Steiger, Vorstandsmitglied SP Altstadt/Mattenbach

Dass ihr Übertäter Blocher aus dem Bundesrat weggewählt worden ist, haben die Parteioberen nie verdaut. Nachdem zudem in späteren Jahren mehrmals nicht die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten gekürt worden sind, macht das ganze Hin und Her vor den Bundesratwahlen in ihren Augen zu "unwürdigen Spielchen". Sie beleidigen damit einmal mehr die von ihnen so genannte classe politique und die Nicht-SVP-Mehrheit des

Parlaments. Der Bundesrat wird als Totengräber der Nation (Zitat aus dem Extrablatt: "Die Schweiz steuert auf den Abgrund zu") bezeichnet. Der aktuelle - hoffentlich letzte - Akt in diesem Trauerspiel ist die Initiative "Bundesratswahl durch das Volk", über die wir am 9. Juni abstimmen dürfen.

Was will die Initiative?

Bis heute wählt das Schweizer Stimmvolk ihre Vertreter in den National- und

den Ständerat. Die beiden Kammern bilden die Vereinigte Bundesversammlung, welche die sieben Bundesräte wählt.

Neu sollen mit der Wahl der Parlamentarier auch die sieben Bundesräte durch das Volk gewählt werden. Für Kandidaten mit Wohnsitz in den französisch- oder italienischsprachigen Regionen sind zwei Sitze garantiert. Werden nicht zwei gewählt, werden

Fortsetzung von: „Dem Volk vertrauen - oder wie die SVP mit ihrem Frust umgeht“

diejenigen mit einem speziellen Verfahren ermittelt, die in den betroffenen Regionen die höchsten Stimmenzahlen erhielten.

Warum ist die Initiative abzulehnen? Obwohl die SVP behauptet, dass sich das Volk nicht kaufen lasse, wäre zu befürchten, dass dieses Wahlverfahren zu langen und intensiven Wahlkämpfen führen würde. Beispiele aus dem Ausland werden uns immer wieder vorgeführt. Versteckt sich hinter dieser

Initiative nicht letztlich die Hoffnung der SVP, mit ihren finanziellen Möglichkeiten mehr Macht in die Hände zu bekommen, nachdem es bisher nicht so recht geklappt hat.

Das Kollegialitätsprinzip des Bundesrates wäre vermutlich Vergangenheit. Die Bundesräte suchten vermehrt Möglichkeiten zur Profilierung und die Popularität.

Die Tessiner Bevölkerung sieht die

Chancen auf einen Bundesratssitz in weite Ferne gerückt.

Der Wahlkreis "ganze Schweiz" ist für eine Majorzwahl viel zu gross. Zu vielfältig sind die Regionen. Woher nimmt der Stimmbürger zuverlässige Informationen über die Qualität der Kandidaten? Obwohl wir als Zürcher sicher nicht zu den Verlierern gehören dürften: wollen wir wirklich die anderen Kantone dominieren?

ws

Sparen aber wo?

Kolumne von Marianne Frehner, Vorstandsmitglied SP Altstadt/Mattenbach

Es wird gespart in Winterthur, der Auftrag des Gemeinderates heisst sparen und nochmals sparen. Es wurden Pauschalkürzungen von 5,5 Millionen vorgenommen. Unsere Fraktion verlangte bei der Budgetdebatte klare Angaben wo und wie gespart werden soll. Leider lehnte die bürgerliche Mehrheit diese Forderung ab.

Bereits vor Monaten wurde über die Schliessung von 13 Stellen bei der jetzt schon knapp dotierten Pflege diskutiert. Jetzt wird im Stadtrat bereits über Kürzungen von 55 Mio. im Jahre 2014 diskutiert. An folgenden Stellen soll gespart werden:

Beim Personal werden total 27 (inkl. 13 Stellen in der Pflege) Stellen gestrichen und 7 bereits bewilligte Stellen sollen nicht verwirklicht werden. Es wird der Stufenanstieg beim Lohn gestrichen, ebenso der Teuerungsausgleich und einzelne, verdiente Lohnerhöhungen gibt es wahrscheinlich auch nicht mehr.

Die Beiträge an die zeitgenössischen, alternativen Kulturveranstalter werden gekürzt, die Villa Flora und das Kunstmuseum sollen aber zusätzliche

600'000 Franken erhalten. Wenn dieser zusätzliche Betrag für diese beiden Museen gestrichen würde, wäre mehr Geld für die kleinen, zeitgenössischen, sehr interessanten und originellen Kulturbetriebe vorhanden und die Beiträge an diese müssen weniger oder gar nicht gekürzt werden.

In den Schulen wird ebenfalls gespart, unter anderem sollen die Sonderschulungen sehr eingeschränkt (gegen den Willen der Stimmbürgerinnen) und zahnärztliche Untersuchungen von Vorschulkindern gestrichen werden.

Es wird beim Personal, der Bildung und der Kultur gespart. Welche Beiträge werden das Departement Sicherheit und Umwelt und was werden die Städtischen Werke beitragen?

Das Parlament wird im Rahmen des Budgets 2014 über diese Vorschläge befinden müssen.

Und was sind die Ursache für diesen Sparzwang: Wir bekommen zu wenig Geld vom Kanton; der Finanzausgleich wird mit Zahlen des Jahres 2005 berechnet, Winterthur ist aber gewachsen. Die Steuereinnahmen

sind gesunken, weil der Kanton die Steuern gesenkt hat und neue Aufgaben/Kosten auf die Gemeinden abgewälzt wurden. Wir verdanken dies der Mehrheit der bürgerlichen PolitikerInnen des Kantons Zürich. Das Sparen auf dem Buckel des Personals, der Bildung und der zeitgenössischen Kultur macht mich wütend und um nicht zu verzweifeln, stelle ich mir folgendes Szenario vor:

Es wird investiert und zwar so, dass es sich lohnt. Investitionen in die Bildung – die Kinder sind die Zukunft – lohnen sich auf jeden Fall. Viele Menschen vor allem Jugendliche finden die etablierten Museen und auch das Stadtorchester zwar okay, aber – deshalb die zeitgenössische „Alternativ“kunst fördern (lohnt sich) und nicht bremsen. Die Gefahr, dass einige der Zeitgenössischen bei Beitragskürzungen aufgeben müssen ist gross. Auch beim Personal der Spitex und in den Heimen wird aufgestockt und nicht abgebaut. Die seit Jahren beim ganzen Personal üblichen Sparmassnahmen werden endlich gestrichen, denn es wurde genug gespart auf dem Buckel des Personals.

mf

Einladung zur Jahresversammlung der SP Altstadt/Mattenbach

**Donnerstag, 4. Juli 2013, 19.30 - 20.00 Uhr mit anschliessendem Apéro
Restaurant Obergass, Säli im 1. Stock**

Traktanden:

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler/innen, Entschuldigungen, Protokollführung, Genehmigung der Traktanden
2. Protokoll der GV vom 14. Juni 2012
3. Rückblick, Jahresbericht 2012
4. Wahl der Vorstandsmitglieder
5. Wahl der Vertreter/inne/n in den Parteivorstand der SP Bezirk Winterthur
6. Grobbudget 2013 / Jahresplanung 2013
7. Varia

Ab ca. 20.00 Uhr geben Dani Altenbach und Verena Tobler Linder einen kurzen Input zum Thema Immigration und Integration. Beim anschliessenden Apéro können Fragen beantwortet und die Diskussion fortgeführt werden.

Wir freuen uns auf einen spannenden Abend.